

Aus dem All in alle Welt

Weltraumpolitik für die Militärmacht Europa

von Malte Lüthmann

Seit dem Beginn dieses Jahrhunderts lässt sich beobachten, wie die europäische Sicherheits-Community mit wachsender Entschlossenheit in den Weltraum drängt. Das militärische Instrumentarium für die geopolitischen Ambitionen der EU soll so entscheidend erweitert werden. Außerdem zielen diese Bemühungen darauf ab, der europäischen Raumfahrtindustrie eine starke Basis für den internationalen Wettbewerb zu sichern.

Die Bedeutung des Weltraums für Politik und Militär begann allgemein mit der Entwicklung der Raketentechnologie seit dem Zweiten Weltkrieg rapide zu wachsen. Heutzutage ist es der Wandel der Kriegsführung unter dem Stichwort „Revolution in Military Affairs“ (RMA), der die breit angelegte Integration von Weltraumtechnologie in Kommandozentralen und auf dem Schlachtfeld beinhaltet und damit als Impulsgeber zur weiteren Militarisierung des Alls beiträgt. Gleichzeitig bietet der Weltraum ein Feld, für internationale Kooperationen, was sich etwa im UN-Weltraumvertrag¹ von 1967 oder in der Zusammenarbeit zwischen den USA und Russland im Rahmen des Shuttle-Mir-Programms² ausdrückt, das Anfang der 90er Jahre durchgeführt wurde. Bei der Weltraumpolitik handelt es sich also um ein Politikfeld, das dank seines großen Potenzials für grenzüberschreitende Anstrengungen aktiv zur Förderung des Friedens genutzt werden könnte.

Gerade in jüngster Zeit verstärkt sich aber wieder eine Entwicklung, die in die entgegengesetzte Richtung weist. So haben die USA im Jahr 2006 ihren Dominanzanspruch im Weltraum und die Weigerung, sich Einschränkungen durch internationale Regulierungen auf diesem Gebiet zu beugen, zur offiziellen Doktrin erhoben.³ Andere Staaten, wie etwa die VR China oder Indien, ziehen derweil nach und entwickeln Technologien und Doktrinen, die es ihnen ermöglichen sollen, eigene Interessen gegen die Dominanz der USA durchzusetzen.⁴ Nachhaltig machte der erfolgreiche Test einer chinesischen Antisatellitenrakete (ASAT) im Januar 2007, bei dem ein ausgehender Wettersatellit abgeschossen wurde,

die Gefahr eines Wettrüstens im All deutlich. Die Europäische Union reagierte auf diesen Test mit einer Protesterklärung, in der sie ihn als Gefahr für die Sicherheit im Weltraum und für internationale Bemühungen, ein Wettrüsten im All zu verhindern, bezeichnet. Sie bekräftigte in diesem Zusammenhang ihre Haltung, wonach „die Erforschung und Nutzung des Weltraums [...] lediglich friedlichen Zwecken zu dienen und zum Nutzen und im Interesse aller Länder zu erfolgen hat.“⁵

Gleichzeitig betreibt die EU aber Anstrengungen, um die eigenen militärischen Fähigkeiten im Weltraum zu erweitern. Dass darin kein Widerspruch zu dem eben zitierten Statement gesehen wird, ändert nichts daran, dass dadurch Stabilität und Frieden im Weltraum ernsthaft gefährdet werden. Nicht nur aufstrebende Weltraummächte wie China und Indien könnten darin eine Bedrohung sehen, auch die USA beobachten die europäischen Bestrebungen mit Argwohn, schließlich zielen sie auch auf mehr politische und militärische Unabhängigkeit von den USA ab. Anstatt Alternativen zur weiteren Militarisierung des Weltraums zu entwickeln, beteiligt sich die EU aktiv an diesem Prozess. Die Gestaltung einer Strategie für die Raumfahrt, die deren militärische Nutzung forciert, ist dabei das programmatische Element der Militarisierungsbemühungen. Auf der praktischen Ebene werden derweil in zentralen Raumfahrtprojekten der Union zivile Finanzmittel etwa aus den EU-Forschungs- oder Verkehrsetats unter dem Deckmantel der dualen Nutzung zu Rüstungsausgaben umfunktioniert.

Die aggressive Neuausrichtung der europäischen Sicherheitspolitik

Nach dem „Kosovo-Schock“, ausgelöst durch das unkooperative Verhalten der US-Amerikaner im Krieg gegen Jugoslawien 1999, verstärkten die Europäer ihre Anstrengungen, eigene militärische Kapazitäten aufzubauen. Diese sollten unabhängig von den USA und der NATO, aber auf einem ähnlich hohen Niveau moderner Kriegsführung eingesetzt werden können. Das erklärte Ziel der zu diesem Zweck ins

Leben gerufenen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) ist es, die politischen und ökonomischen Interessen der Union in ihrer Nachbarschaft und möglichst auch im globalen Maßstab selbstständig durchzusetzen.⁶ Als zentrales Dokument dieses Paradigmenwechsels hin zu einer militarisierten EU kann die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) vom Dezember 2003 gelten.⁷ In diesem Papier wird erklärt, „eine aktive und handlungsfähige Europäische Union könnte Einfluss im Weltmaßstab ausüben.“⁸ Der EU wird aufgrund ihrer Größe und Wirtschaftskraft die Rolle eines globalen Akteurs zugesprochen, dem angesichts der Verflechtung der Weltwirtschaft, seines Rohstoffbedarfs und insbesondere angesichts seiner Abhängigkeit von fremden Energiequellen global aktiv werden müsse.⁹

Andere Politikbereiche, wie etwa der Katastrophenschutz, die Entwicklungszusammenarbeit aber eben auch die Weltraumpolitik bleiben von dieser Entwicklung alles andere als unberührt. Sie werden Teil eines ausgeweiteten Sicherheitsbegriffs, der zivile Kapazitäten nicht als Alternative, sondern als integralen Bestandteil einer ressortübergreifenden europäischen Machtpolitik begreift. Die Europäische Union verfolgt deshalb die Verschmelzung ziviler und militärischer Außenpolitik. Ziel ist es dabei nicht, Krieg als Mittel der Politik abzulösen, sondern die Sicherheitspolitik durch die Verknüpfung und Koordinierung des Einsatzes von Militär mit zivilen Mitteln in ihrer Effektivität zu steigern. In der ESS wird dementsprechend hervorgehoben: „Die Union könnte einen besonderen Mehrwert erzielen, indem sie Operationen durchführt, bei denen sowohl militärische als auch zivile Fähigkeiten zum Einsatz gelangen.“¹⁰ Die Hauptgefahr dieses Konzeptes liegt darin, dass Alternativen zu einer militarisierten Machtpolitik durch einen umfassenden Sicherheitsbegriff vereinnahmt und dadurch nicht mehr unabhängig von militärisch geprägten Bedrohungslogiken wirksam werden können.¹¹ Um den verschiedenen Bedrohungen zu begegnen, mit denen sich die Union konfrontiert sieht, wird die außen- und sicherheitspolitische Strategie auf präventive Interventionen ausgerichtet, die neben zivilen auch militärische Mittel als Instrumente der Politik explizit einschließen. So soll wenn nötig „robustes Eingreifen“ Teil einer aktiven EU-Politik werden.¹²

Welche konkreten Aufträge auf europäische Streitkräfte in diesem Kontext zukommen, ist durch die sog. „Petersberg-Aufgaben“ definiert. Der Katalog umfasst ein Spektrum von der Katastrophenhilfe



Galileo-Satellitensystem

bis zum „robusten Eingreifen“ also der militärischen Intervention. Im Vertrag von Lissabon bzw. EU-Reformvertrag wird dieses Spektrum noch ausgeweitet und soll jetzt auch sog. „gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen“ und „Operationen zur Stabilisierung der Lage nach Konflikten“ beinhalten.¹³ Damit schließen die Petersberg-Aufgaben in Zukunft auch „Abrüstungskriege“ ähnlich dem Irakkrieg 2003 und Besatzungsregime, wie wir sie schon heute im Kosovo, in Afghanistan oder im Irak beobachten können, ein. Zur Durchführung dieser Aufgaben sollen Truppen einsatzbereit gehalten und Fähigkeiten, die bisher nicht oder nur unzureichend in der EU vorhanden waren, aufgebaut werden. Die ersten dazu notwendigen Schritte wurden im Jahr 1999 beim Gipfel des Europäischen Rates in Helsinki eingeleitet, bei dem konkrete Bestimmungen zu Personalstärke, Einsatzfähigkeit und Ausstattung der europäischen Interventionskräfte im sog. „Helsinki Headline Goal“ festgehalten wurden. Kern dieses Dokuments ist die Fähigkeit, Soldaten innerhalb kurzer Zeit und nahezu weltweit im Rahmen der Petersberg-Aufgaben einsetzen zu können. Die „strategische Aufklärung“ bzw. „Mittel für die Überwachung und die militärische Frühwarnung“ stehen dabei ganz oben auf dem Wunschzettel.¹⁴

Was der Weltraum leisten soll

Im Umfeld militärischer Operationen, die durch den Einsatz flexibler, hochmobiler Einheiten in einem großen Einsatzgebiet geprägt sind, das möglicherweise zudem weit von Europa entfernt und den

Soldaten wenig bekannt sein kann, spielen weltraumgestützte Aufklärungsfähigkeiten eine entscheidende Rolle. Es ist also kein Zufall, dass neben dem Lufttransport die strategische und taktische Aufklärung zu den größten qualitativen Defiziten der EU-Interventionsfähigkeit gezählt wird. Außerdem werden Gebiete, die für die EU aus sicherheitspolitischer Sicht von generellem Interesse sind, auch unabhängig von konkreten Einsätzen per Satellit sozusagen vorsorglich überwacht.¹⁵ Allgemein herrscht Einigkeit über die große Bedeutung des Weltraums für die moderne Kriegsführung. Der Politikwissenschaftler Götz Neuneck etwa stellt fest, dass „heute für global agierende Streitkräfte im Rahmen der ‚Revolution in Military Affairs‘ viele Weltraumanwendungen im Bereich Kommunikation, Aufklärung und Navigation unverzichtbar [sind]. Die Verwendung von Satelliten hat die moderne Kriegsführung grundlegend verändert.“¹⁶

Neben der Aufklärung kommen hier noch die Kommunikation und Navigation zum weltraumbasierten Fähigkeitspaket hinzu. Zurzeit sind es also insgesamt drei militärisch relevante Dimensionen der Nutzung des Weltraums, ohne die Einsätze, wie sie den EU-Strategen vorschweben, faktisch nicht durchführbar wären. Die zunehmende Ausbreitung der Systeme aus allen drei Kategorien, von der strategischen Führungsspitze bis hinunter zu den einzelnen Soldaten, zeugt von einer Entwicklung, an deren Ende eine vernetzte Truppe stehen soll, die sich auf allen Ebenen von der Aufklärung über die Führung bis zum Kampf auf Satellitensysteme stützen

wird.¹⁷ Dadurch soll sie weltweit schnell und mit tödlicher Präzision einsetzbar sein. Welche Möglichkeiten die EU durch ihre neu gewonnene Kriegsführungsfähigkeit erhalten hat, zeigt sich seit dem Jahr 2003 in einer Reihe polizeilicher („ziviler“) und militärischer Operationen vornehmlich auf dem Balkan und in Afrika.

Ein neues Kapitel der europäischen Raumfahrt

In etwa parallel zum Aufbau der ESVP wurden ab dem Jahre 1999 konkrete Schritte zur Ausgestaltung einer Weltraumpolitik für die EU unternommen. Ziel dieser Anstrengungen ist es, den Raumfahrtsektor aktiv in die EU-Politik einzubeziehen, da er als Querschnittssektor für die technologische Entwicklung in vielen Wirtschaftsbereichen und damit auch für viele Politikfelder von zunehmend existenzieller Bedeutung ist. Einen ersten Meilenstein in der Diskussion auf EU-Ebene stellte die Vorlage eines Strategiepapiers für die europäische Raumfahrt im Herbst 2000 durch die EU-Kommission und die Europäische Raumfahrtagentur (ESA) dar.¹⁸ Diese Strategie sollte nach dem Willen der Autoren, „zum Dreh- und Angelpunkt europäischer Raumfahrtaktivitäten werden und ein neues Kapitel der europäischen Raumfahrt aufschlagen.“¹⁹ Ein neues Kapitel, das von Anfang an auch im Dienst der ESVP stehen sollte.

Im 2003 veröffentlichten Weißbuch zur Weltraumpolitik stützt sich die EU-Kommission im Wesentlichen auf vier Argumente, die eine Ausdehnung der Aktivitäten in diesem Feld begründen sollen.²⁰

Ein wichtiges Motiv ist die Sicherstellung eines autonomen EU-Zugangs ins All. Da der Weltraum als entscheidender Bereich für viele Politikfelder der EU angesehen wird, gilt der Zugang zu Technologien und Trägerraketen bzw. Startkapazitäten als strategische Ressource der EU-Politik. Auch die Nutzung des Weltraums für die europäische Sicherheit und Verteidigung wird als ein wichtiges Argument betrachtet, da „Raumfahrttechnologie, -infrastruktur und -dienste [...] ein wesentlicher Baustein für einen der dynamischsten Politikbereiche der EU - die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) [sind].“²¹

Insgesamt wird auch auf das Gebiet der Weltraumpolitik der Topos einer aktiven und unabhängigen Weltpolitik für die EU übertragen, die dem ökonomischen Gewicht der Union in der Welt entsprechen müsse. So weist Pia Kohorst in einer Analyse der europäischen Weltraumpolitik darauf hin, dass der Weltraum für die EU in zweierlei Hinsicht von strategischer Bedeutung ist. Zum einen dank seiner „Katalysatorfunktion für eine wirtschaftliche Führungsrolle der EU auf dem Gebiet der Weltraumtechnologien und -anwendungen. Zum anderen erfüllt der Weltraum eine emanzipatorische Funktion für die wachsende und in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht selbstständig agierende Europäische Union.“²² Ebenso sind die Autoren des Weißbuchs zur Raumfahrtspolitik davon überzeugt, „dass die Raumfahrt Europa dabei helfen wird, ein besserer Nachbar und ein respektierter Partner der globalen Gemeinschaft zu sein. [...] Außerdem wird die Europäische Union besser für eine globale Führungsrolle auf politischem, wirtschaftlichem und wissenschaftlichem Gebiet ausgestattet.“²³ Die angestrebte Rolle als globaler Akteur, wie sie in der Europäischen Sicherheitsstrategie dargelegt wurde, findet ihre Entsprechung in der strategisch wichtigen Weltraumpolitik. Obwohl die Union mit der Stärkung ihrer Raumfahrtaktivitäten ein ganzes Bündel von Zielen erreichen will, erscheint es daher nur kohärent, wenn dabei der Steigerung ihrer Fähigkeiten zur Durchführung von weltweiten Interventionen bzw. Kriegen durch die Nutzung des Weltraums hohe Priorität eingeräumt wird.

Einen ersten Schritt zur Förderung militärischer Raumfahrtaktivitäten machte eine von der EU-Kommission im Jahr 2001 gebildete Beratergruppe, die sich mit der Situation im Luft- und Raumfahrtsektor beschäftigen sollte. An der illustren Runde nahmen neben fünf Mitgliedern der Kom-

mission, zwei EU-Parlamentariern und Javier Solana, dem Hohen Repräsentanten für die GASP, auch sieben Vorstandsvorsitzende bzw. Geschäftsführer der wichtigsten europäischen Luft-, Raumfahrt- und Rüstungsunternehmen teil.²⁴ In ihrem Abschlussbericht mit dem klangvollen Namen „STAR21“ fordert sie zur Förderung der militärischen Fähigkeiten und der industriellen Basis der EU u.a. die Entwicklung „komplett in Europa verankerter Weltraumverteidigungs- und -sicherheitskapazitäten für Überwachung, Aufklärung und Führung inklusive Telekommunikation und Ortung.“²⁵ Im Juni 2004 setzte die EU-Kommission eine weitere Expertenrunde ein, die sich mit konkreten Problemen und Lösungen bei der Weltraumnutzung für die militärischen Ambitionen der EU beschäftigte. Unter den Schlussfolgerungen im Bericht dieses „Sachverständigenremiums zu Weltraum und Sicherheit“ (SPASEC) findet sich die Forderung, dass „den Sicherheitsanwendungen im Weltraum eine hohe Relevanz im bevorstehenden Europäischen Weltraumprogramm eingeräumt werden sollte.“²⁶ Im Einzelnen werden, neben dem schon bekannten Trio aus Satellitenaufklärung, Telekommunikation und Navigation/Positionierung, Satelliten zum weltweiten Abhören von funkgestützter Kommunikation und zur Ortung elektromagnetischer Strahlung, etwa von Radaranlagen (insgesamt als *Signal Intelligence* (SIGINT) bezeichnet), ein Frühwarnsystem zur globalen Erkennung von Raketenstarts und ein unabhängiges europäisches Weltraumüberwachungssystem gefordert.²⁷ Die nächsten Schritte nach der Fertigstellung von Galileo, etc. sind damit schon vorgezeichnet.

Eine breite Front einflussreicher Akteure ist sich also einig: Eine Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die europäische Werte und Interessen weltweit und mit möglichst allen Mitteln durchsetzen will, kann nicht ohne Weltraumsysteme auskommen. Vorangetrieben werden entsprechende Bemühungen von einem Konglomerat aus EU-Kommission, Rat und der europäischen Raumfahrt-/Rüstungsindustrie sowie einigen wissenschaftlichen Beratern, die meist aus nationalen Raumfahrtagenturen oder staatsnahen Forschungsinstituten kommen. Innerhalb dieser Institutionen und Verbände sind Vertreter aus den großen EU-Staaten mit eigenen nationalen Raumfahrtprogrammen und -agenturen die stärksten Triebkräfte. Dazu zählen insbesondere Frankreich und Deutschland sowie Italien und Spanien, während Großbritannien, wie in vielen anderen Fragen der Militarisierung der EU, eine eher ambivalente Position einnimmt. Eine besondere Rolle

kommt des Weiteren der europäischen Raumfahrtorganisation ESA zu, die sich seit einigen Jahren zunehmend affirmativ gegenüber einer wachsenden Rolle Europas bei der militärischen Nutzung des Alls zeigt und entsprechenden EU-Plänen auf wissenschaftlicher bzw. technischer Ebene zuarbeitet. Die beiden Organisationen haben zu diesem Zweck 2003 einen Kooperationsvertrag unterzeichnet. Schließlich sollte der Einfluss der Industrie in der beschriebenen Akteurskonstellation nicht unterschätzt werden, da ihre Vertreter an allen offiziellen und mit einiger Sicherheit auch an den inoffiziellen Beratungsprozessen teilnehmen, wie etwa in der STAR21- und der SPASEC-Gruppe.

Kosten der Aufrüstung im All

Neben der Formulierung von Zielen für die europäische Raumfahrtspolitik hat sich die Kommission in ihrem Weißbuch auch mit den dabei anfallenden Kosten beschäftigt. Sie kommt zu dem Schluss, dass die jährlichen Ausgaben aller staatlichen Akteure im europäischen Raumfahrtsektor von € 5,38 Mrd. im Jahr 2004 auf € 8,08 Mrd. im Jahr 2013 gesteigert werden müssten, um die gesetzten Ziele in vollem Umfang zu erreichen.²⁸ Die mit Abstand größte Steigerung soll dabei auf die Ausgaben im Bereich „Sicherheit“ entfallen, die bis 2013 um € 750 Mio. erhöht werden sollen.²⁹ Nur mit einer solchen Steigerung können der Kommission zufolge die geforderten „umfangreichen sicherheits-/ und verteidigungsrelevanten Raumfahrtentwicklungen“ durchgeführt werden.³⁰

Im Anschluss an das Weißbuch hat auch das SPASEC-Beratergremium ungefähr veranschlagt, wie viel Geld in Zukunft für sicherheitsrelevante Weltraumsysteme ausgegeben werden sollte. Ausgehend von den öffentlichen Gesamtausgaben in diesem Segment in Europa, die nach Angaben des SPASEC-Berichts im Jahr 2004 bei ca. € 1 Mrd. lagen, wird prognostiziert, dass bis 2012 eine Verdopplung dieses Betrags auf rund € 2 Mrd. pro Jahr nötig sein wird.³¹ An dieser Stelle wird beispielhaft der Einfluss der Raumfahrt- und Rüstungslobby deutlich, denn diese Vorhersage und die zugrunde liegenden Berechnungen, die noch über die im Weißbuch anvisierte Steigerungsrate hinausgehen, übernahm das Gremium direkt von EUROSPACE, dem Branchenverband der europäischen Raumfahrtindustrie.³²

Auch wenn die Werte der beiden Prognosen sich geringfügig unterscheiden, sind sie sich doch einig darin, dass die Ausgaben für spezifische ESVP-relevante Weltraumsysteme drastisch gesteigert werden sollen.

Darüber hinaus ist zu bedenken, dass die hohen Ausgaben für die Projekte GMES und Galileo, die neben ihrer zivilen Nutzung auch Anwendungen im Rahmen der ESVP unterstützen, in diesen Berechnungen nicht inbegriffen sind. Sie werden mit zusätzlichen Mitteln aus zivilen Etats finanziert.

Synergien durch zivil-militärische Nutzung?

Eine zentrale Position im Gesamtkonzept der Militarisierung des Weltraums kommt der dualen Nutzung (dual-use) der verwendeten Technologien und Systeme zu. Gemeint ist ihr möglicher Einsatz sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke. Von der Verbindung ziviler mit militärischen Raumfahrtprojekten verspricht man sich in der EU den effektiveren Einsatz von Finanzmitteln, vor allem aber wohl eine Steigerung der Akzeptanz öffentlicher Ausgaben in diesem Bereich. Diese Intention kann etwa beim Satellitennavigationssystem Galileo unterstellt werden, denn mit der Behauptung, Galileo sei ein ziviles System, kann legitimiert werden, dass es ausschließ-

lich aus zivilen Etats finanziert wird.

Allgemein spricht etwa der Rat der Europäischen Union davon, dass „mehrfach nutzbare Technologien so weit wie möglich genutzt werden sollten.“³³ Im Mittelpunkt steht dabei die Verwendung ziviler Systeme für militärische Zwecke, was als nachholender Ausgleich eines früheren Ungleichgewichts und der Ausschöpfung grundlos ungenutzter Ressourcen dargestellt wird. In diesem Sinne argumentiert der SPASEC-Bericht, die EU müsse „eine neue Balance zwischen der zivilen und militärischen Nutzung des Weltraums finden.“³⁴ Der Bericht stellt fest, dass „die größten Weltraumbestrebungen in Europa über die letzten 30 Jahre primär auf zivile und kommerzielle Anwendungen fokussiert waren.“³⁵ Im Zeichen der „neuen Balance“ müsse daher „der Unterstützung der Sicherheitsbehörden der Union größerer Nachdruck verliehen werden.“³⁶

Der Begriff dual-use und die oft angeführten Synergien verschleiern bewusst, dass es sich bei dem Konzept letztlich um eine Einbahnstraße handelt. Während militärisch konzipierte Systeme weiter-

hin ausschließlich militärischen Nutzern vorbehalten bleiben, sollen zivile Systeme für militärische Anwendungen zugänglich gemacht werden. Auf diesem Wege können Mittel, die eigentlich nicht für das Militär vorgesehen oder als solche deklariert sind, an den Augen der Öffentlichkeit vorbei für Rüstungszwecke ausgegeben werden. Die Behauptung, so könnten ansonsten brachliegende Potenziale sinnvoll ausgeschöpft werden, entspricht dabei nicht der Wahrheit, denn um ein System militärisch zu nutzen, fallen immer zusätzliche Kosten an. Sogar die EU-Kommission gibt dies zu, wenn sie z.B. in einer Mitteilung zum Thema GMES feststellt: „Eine echte duale Nutzung bedeutet nichts anderes als die gemeinsame zivile und militärische Nutzung von Daten. Technisch gesehen führt dies zu Zusatzkosten für das Bodensegment, wo die Trennung zwischen zivilen und militärischen Systemen auch weiterhin bestehen bleibt.“³⁷ Darüber hinaus stehen alle Satellitenkapazitäten, die für militärische Zwecke genutzt werden, ob es sich nun um Sendefrequenzen oder Satellitenbilder handelt, zivilen Anwendern nicht mehr zur

ESA nimmt Abschied von der friedlichen Weltraumnutzung

Die jüngere Geschichte der Raumfahrt in Europa wurde seit deren Gründung 1975 maßgeblich durch die Europäische Weltraumorganisation (ESA) koordiniert und gelenkt. Die ESA ist eine internationale Organisation, der neben 15 EU-Mitgliedstaaten mit Norwegen und der Schweiz auch zwei Staaten angehören, die nicht Mitglied in der Europäischen Union sind. Ihr Auftrag ist es laut Satzung, „die Zusammenarbeit europäischer Staaten für *ausschließlich friedliche* [Hv. d. A.] Zwecke auf dem Gebiet der Weltraumforschung, der Weltraumtechnologie und ihrer weltraumtechnischen Anwendungen [...] sicherzustellen und zu entwickeln.“⁴¹ Unter dieser Prämisse hat die ESA zahlreiche meist wissenschaftliche aber auch kommerzielle Programme von der Erforschung fremder Planeten bis zur Bereitstellung von Telekommunikationssatelliten durchgeführt. Dabei unterscheidet sich die Organisation in ihrer institutionellen Funktionsweise insofern von der Europäischen Union, als sie keine vergleichbaren Elemente transnationaler Staatlichkeit aufweist. Ihre Aufgabe besteht in der Koordinierung und Effizienzsteigerung des Ressourceneinsatzes ihrer Mitgliedsstaaten, wobei sie zwar eine begrenzte institutionelle Eigendynamik aber keine eigene Politik entsprechend der EU-Politik entwickelt.

Der friedliche Auftrag der ESA hat zwar

bisher militärische Raumfahrtprogramme unter direkter Beteiligung der Organisation ausgeschlossen, die Durchführung solcher Programme in nationaler Regie wurde aber in vielen Fällen unterstützt. So starten militärische Kommunikations- und Aufklärungssatelliten unter anderem für die Streitkräfte Frankreichs und Großbritanniens vom großteils ESA-finanzierten Weltraumbahnhof in Französisch-Guayana.² In die Umlaufbahn gebracht werden sie von der ebenfalls maßgeblich mit Geldern der ESA entwickelten Ariane-Rakete.³

In die Pläne zur militärischen Nutzung des Weltraums durch die EU ist die ESA auf vielfältige Weise eingebunden. So werden die dual-use Systeme Galileo und GMES, die als Flaggship der EU-Weltraumpolitik gehandelt werden, von der ESA mitfinanziert und entwickelt. Grundsätzlich sind die Rollen der beiden Organisationen in einer entstehenden europäischen Weltraumpolitik klar verteilt. Ihre Zusammenarbeit ist in einem Rahmenabkommen vom November 2004 geregelt, dessen Ziele die Harmonisierung des Bedarfs der EU an Raumfahrtssystemen für ihre Politik mit den Tätigkeiten der ESA, die solche Systeme zur Verfügung stellen soll, beinhalten.⁴ Außerdem wurde in diesem Vertrag die Einrichtung des Europäischen Weltraumrates beschlossen, der die Zusammenarbeit beider Organi-

sationen koordinieren soll. Die ESA wird dabei im Prinzip ausführendes Organ einer EU-Weltraumpolitik, die militärische und militärisch genutzte Systeme beinhaltet bzw. beinhalten soll. Eine besondere Problematik ergibt sich aus dieser Entwicklung für die Schweiz, die als neutraler Staat der ESA angehört. Mit der Kooperation zwischen ESA und EU bei der Militarisierung des Weltraums ergibt sich für die Schweiz die Frage, ob man sich entgegen dem Neutralitätsprinzip zum Komplizen einer Aufrüstung machen will, die schon jetzt ihre Wirksamkeit in zahlreichen Einsätzen von EU-Truppen eindringlich unter Beweis stellt. Die offensichtliche Bereitschaft der Schweiz, sich an militarisierten Projekten in Kooperation mit der EU zu beteiligen, zeigt sich beispielsweise in ihrer Unterzeichnung des Sicherheitsabkommens der ESA zum Schutz sensibler zivil-militärischer Vorhaben.⁵

Das Selbstverständnis der ESA bleibt vom Wandel im Zeichen des wachsenden militärischen Aufgabenspektrums nicht unberührt, obwohl innerhalb der Organisation längst nicht alle MitarbeiterInnen damit einverstanden sein dürften. In der „Agenda 2007“ des Generaldirektors der Organisation, in der die Leitlinien für die ESA-Politik von 2003 bis 2007 festgehalten wurden, ist etwa die Rede davon, dass die „ESA sich in einer Weise entwikk-

Verfügung. Im Hinblick auf die Sicherheit im Weltraum erhöht sich außerdem die Gefahr für die zivile Satelliten-Infrastruktur im Falle einer Konfrontation, wenn die Unterscheidung zwischen militärischen und zivilen Systemen weiter verwischt wird und Letztere dadurch ins Visier gegnerischer Militärs geraten.

Projekte der Weltraummacht Europa – EUSC, Galileo und GMES

Die programmatische Diskussion um eine kohärente EU-Strategie für den Weltraumsektor wird durch konkrete Projekte vervollständigt, die in den letzten zehn Jahren in Angriff genommen wurden, um Satellitentechnologie für die politischen und militärischen Ziele der EU zu nutzen. Zu diesen Projekten zählen die Einrichtung des EU-Satellitenzentrums (EUSC), ferner das Satellitennavigationssystem Galileo und die „globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung“ kurz GMES. Für das EUSC, das eingerichtet wurde, um den Bedarf an Satellitenbildern und darauf gestützten Lageinformationen zu decken, der durch die Entwicklung der ESVP ent-

stand, werden Jahr um Jahr ca. € 10 Mio. ausgegeben.³⁸ Während in diesem Fall der militärische Charakter wenigstens offen beim Namen genannt wird, werden GMES und insbesondere Galileo als zivile Projekte mit vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten dargestellt. Gleichwohl sind beide als Instrumente für Sicherheitspolitik und Militäreinsätze von größtem Wert. Diese Funktion war von Anfang an ein Kriterium beim Entwurf dieser Kapazitäten. Beide Projekte stellen dementsprechend Prototypen der in den europäischen Strategiepapieren geforderten dual-use-Systeme dar.

GMES ist ein Vernetzungsprojekt, das Daten verschiedener europäischer Erdbeobachtungssatelliten und bodengebundener Messstationen zusammenführen und diese primär für Nutzer aus der EU aufbereiten soll.³⁹ Den Kern des Projekts bilden 30 Erdbeobachtungssatelliten, die den Großteil der benötigten Daten liefern sollen, darunter praktisch alle bestehenden und geplanten Erdbeobachtungsprogramme in Europa aus dem zivilen bzw. dual-use Bereich.⁴⁰ Der Aufbau von GMES erfolgt durch eine Vielzahl von Einzelprojekten,

die sich mit spezifischen Anwendungsmöglichkeiten und den Verwaltungsstrukturen befassen. Nach Angaben von „FTE info“, dem Forschungsmagazin der EU, belaufen sich die Gesamtkosten für GMES auf € 5 Mrd. in einem Zeitraum von zehn Jahren (gemeint ist wohl 2004-2013).⁴¹ Das Ziel der Initiative definiert die EU-Kommission wie folgt: „In einer Zeit, wo die Informationsnachfrage geostrategische Auswirkungen hat, zielt GMES darauf ab, eine Kapazität zu schaffen, die es Europa ermöglicht effektiv ihre Interessen zu vertreten, und den Herausforderungen und Bedrohungen in einem weiten politischen Bereich gerecht zu werden.“⁴² Volker Liebig, der Leiter der zuständigen Abteilung bei der ESA, führt ein weiteres Motiv an: „Die zu Grunde liegende Idee [...] ist die Unabhängigkeit Europas, das sich auf seine eigenen globalen Informationen verlassen können muss.“⁴³ Günter Verheugen charakterisierte die mit GMES verfolgten Ambitionen passend, als er bei einer Fachkonferenz 2007 feststellte, die EU melde sich mit diesem Projekt als „Weltraummacht“ an.⁴⁴ Welche Informationen durch GMES zur Verfügung gestellt

keln muss, die technische und industrielle Synergien unterstützt, inklusive solcher für Weltraumentwicklungen, die für zukünftige Verteidigungssysteme benötigt werden.“⁴⁶ Außerdem müsse die ESA sich anpassen, um „die besten Antworten im Weltraumbereich für die Bedürfnisse und Forderungen der Europäischen Union und ihrer Institutionen zu finden, inklusive derjenigen, die sich mit Verteidigung beschäftigen.“⁴⁷ In der aktuellen „Agenda 2011“ wird nochmals die „Integration der Sicherheits-Dimension in die europäische Weltraumpolitik“ als eine von drei Prioritäten für die Aktivitäten der ESA von 2007 bis 2011 bezeichnet.⁸ In einem Interview für die Zeitschrift „wehrtechnik“ sagte Ralf Klädtke, Vizepräsident von EADS SPACE zur Rolle der ESA: „Bereits im März 2004 wurde aufgrund des erweiterten Sicherheitsbegriffs im Rahmen des ESA-Rats entschieden, dass auch die europäische Raumfahrtagentur einen Beitrag zu Sicherheit und Verteidigung in Europa leisten soll. Die ESA hat daraufhin ein Security Office eingerichtet und im ESA Langzeitplan ab 2008 etwa eine Milliarde € für Sicherheit und Verteidigung eingeplant.“⁴⁹ Während in der EU die sprachliche und programmatische Vermischung von ziviler Sicherheit und militärischer Verteidigung bzw. Kriegsführung ihren deutlichsten Ausdruck schon 2003 in der Europäischen Sicherheitsstrategie fand,

übernimmt die ESA dieses Konzept jetzt mit leichter Verspätung. So wird zwar in der Agenda 2011 noch zwischen Anforderungen des Zivilschutzes und militärischen Anwendungen unterschieden, ihre Verknüpfung und die so zu erreichenden Synergien werden allerdings auch hier zum Ziel erklärt.¹⁰

Um die mittlerweile recht deutliche Betonung des Militärbereichs mit dem rein friedlichen Auftrag der ESA in Einklang zu bringen, hat man eine Sprachregelung entwickelt, die diesen Widerspruch entschärfen soll. Nachlesen kann man sie z.B. in einem Zitat aus dem Munde von Gerhard Bauer, Vorsitzender des neuen Sicherheitsbüros der ESA. Als Gastredner bei einer Diskussionsveranstaltung der Lobbyorganisation NDA erklärte er, dass in der ESA-Terminologie mit „friedlicher“ Zusammenarbeit nicht-aggressive statt nicht-militärische gemeint sei.¹¹ Inwiefern Satellitensysteme, die zur globalen Einsetzbarkeit von europäischen Streitkräften und zur Ausspionierung fremder Staaten beitragen, als nicht-aggressiv bezeichnet werden können, darf allerdings mit Recht bezweifelt werden. Die Militarisierung der europäischen Raumfahrt macht offensichtlich weder vor dem Tätigkeitsbereich noch vor dem Selbstverständnis der ESA halt.

Anmerkungen

¹ Übereinkommen zur Gründung einer Europäischen Weltraumorganisation (ESA) . 30.

Mai 1975. Art. 2

² Vgl. Arianespace (2007): Launch Status. URL: http://www.arianespace.com/site/launchstatus/status_sub_index.html (13.10.07); Beispiele für militärische Nutzlasten aus der Liste: Skynet-, Syracuse- und Helios-Satelliten

³ Die Ariane-Rakete wurde allerdings 1980 und damit kurz vor dem Start des ersten europäischen Militärsatelliten in eine private Betreiberfirma unter Führung der französischen Raumfahrtagentur CNES ausgelagert.

⁴ Vgl. Rahmenabkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Weltraumorganisation. 25. November 2003. Art.1, Art.5 1a

⁵ Vgl. Eidg. Departement des Inneren Presse und Informationsdienst (2004): Unterzeichnung des Sicherheitsabkommens der ESA durch die Schweiz. URL: http://www.admin.ch/cp/d/408f7ab3_1@fwsrvg.html (3.11.07)

⁶ ESA (2003): Agenda 2007. A Document by the ESA Director General. Noordwijk: ESA. BR-213. S. 6

⁷ ESA (2003). S. 10

⁸ ESA (2007): Agenda 2011. A Document by the ESA Director General and the ESA Directors – October 2006. Noordwijk: ESA. BR-268. S. 7

⁹ Sadlowski, Manfred (2006): Auch im Kongo durch Satelliten mit Zuhause verbunden. In: wthrtechnik II/2006. S. 41

¹⁰ Vgl. ESA (2007). S. 17

¹¹ Vgl. Chapman, John (2004): Space and Security in Europe. Brüssel: New Defence Agenda. S. 4. URL: http://www.securitydefenceagenda.org/Portals/7/Reports/2004/NDA_SOD_Space_6December_2004.pdf (20.10.07)

werden sollen, wurde im Januar 2003 bei einer Konferenz zur Sicherheitskomponente des Programms festgehalten: „Ob wir routinemäßige Lageüberwachung, den Vorlauf einer Krise oder die Durchführung von Operationen betrachten, wir brauchen rechtzeitig genaue Aufklärungsbilder, um den politischen und militärischen Entscheidungsprozess zu unterstützen.“⁴⁵ In der Aufbauphase von 2004-2008 wurden schließlich eine Reihe von Einzelprojekten gestartet, durch die Anforderungen befriedigt und Probleme gelöst werden, die sich speziell auf den Einsatz von GMES für militärische Zwecke beziehen. Hier finden sich sowohl auf der Nutzerseite als auch bei den Projektpartnern zahlreiche militärische Einrichtungen bzw. nationale Armeen. Insgesamt kann festgehalten werden, dass das europäische Erdbeobachtungsprogramm mit dem Ziel aufgebaut wird, die Unabhängigkeit und die Durchsetzung der Interessen der EU zu sichern. Beim Gesamtentwurf haben zudem militärische Anforderungsprofile entscheidenden Einfluss.

Unter den Projekten der europäischen Weltraumpolitik wurde dem Navigationssystem Galileo über die letzten Jahre mit Abstand die größte öffentliche Aufmerksamkeit zuteil. Eher im Hintergrund wurde dabei diskutiert, ob es sich bei Galileo wirklich um eine zivile Alternative zu den militärischen Systemen Glonass und GPS aus Russland bzw. den USA handelt. Folgt man der offiziellen Position aus Brüssel, so könne z.B. nach den Worten des EU-Verkehrskommissars Jacques Barrot kein Zweifel daran bestehen, dass Galileo „ein ziviles System unter ziviler Kontrolle“ sei, das allenfalls auch militärisch genutzt

werden könne.⁴⁶ Diese Einschränkung verschweigt, dass Teile der Systemarchitektur von Galileo speziell auf die Anforderungen der militärischen Nutzung ausgelegt sind und für militärische EU-Gremien die Möglichkeit besteht, in die Kontrolle des Systems einzugreifen. Bei näherer Betrachtung bleibt also sowohl von dem angeblich zivilen System als auch von der zivilen Kontrolle wenig übrig.

Nach seiner Fertigstellung im Jahr 2013 wird Galileo aus einer Konstellation von 30 Satelliten und einem weltumspannenden Netz von Bodenstationen bestehen. Gegenüber GPS versprechen sich die Entwickler von der Satelliten-Konstellation gesteigerte Positionsgenauigkeit und eine höhere Zuverlässigkeit des Systems insbesondere in nördlichen Regionen etwa in Skandinavien sowie in urbanen Gebieten. So soll mit Galileo im städtischen Bereich eine 95%ige Abdeckung gegenüber 50% bei GPS erreicht werden.⁴⁷ Auf Basis dieser Infrastruktur wird Galileo fünf Dienste anbieten, u.a. einen frei zugänglichen Service ähnlich dem öffentlichen GPS-Signal.⁴⁸ Von besonderer Bedeutung für die Diskussion um die militärische Nutzung ist der Öffentlich Regulierte Dienst („Public Regulated Service“ – PRS). Der PRS soll sich durch garantierte Kontinuität, erhöhte Präzision und besondere Resistenz gegenüber Störungen aller Art auszeichnen. Er wird verschlüsselt gesendet, sodass nur von der EU autorisierte Nutzer Zugang erlangen können. Der PRS wird so eingerichtet sein, dass er auch in Krisenfällen und insbesondere dann, wenn andere Galileo-Dienste gestört oder abgeschaltet sind, weiter genutzt werden kann. In Großbritannien

sieht man die Entwicklung des PRS mit Argwohn und stand zumindest bis 2005 seiner militärischen Nutzung skeptisch gegenüber. So stellte der Verkehrsausschuss des britischen Unterhauses in einer Sitzung zu Galileo im Jahr 2004 fest: „Der Nutzen des Dienstes ist ungeklärt, die Regierung Großbritanniens hat gesagt, dass sie ihn überhaupt nicht nutzen will und es gibt starke Vermutungen, dass zumindest ein Land ihn für militärische Zwecke nutzen möchte.“⁴⁹ Gleichzeitig sei klar, „dass die Bereitstellung eines solchen Dienstes zusätzliche Kosten verursachen wird.“⁵⁰ Kosten, für die es offensichtlich keine zivile Rechtfertigung gibt. In der Folgezeit zeichnete sich allerdings zunehmend deutlich ab, dass viele EU-Mitglieder den Einsatz dieses militärischen Dienstes durch ihre Streitkräfte planen. Als ein Vorteil von Galileo gegenüber GPS wird regelmäßig hervorgehoben, dass das europäische System ein ununterbrochenes Signal auch in Krisenzeiten garantiere, da es unter ziviler Kontrolle stehe.⁵¹ Demgegenüber legte die EU-Kommission schon 2001 bezüglich des öffentlichen Galileo-Signals fest: „In Krisenzeiten wird dieses Signal eingestellt (gestört), um eine Nutzung in böswilliger Absicht zu verhindern.“⁵² Wohlgermerkt soll nur das öffentliche Signal abgeschaltet werden, das PRS-Signal wird ja im Krisenfall von den europäischen Armeen gebraucht. Zivile ist die Kontrolle über Galileo also nur solange, wie keine militärisch-relevanten Entscheidungen zu fällen sind. Tritt eine Krise ein, übt der Rat die Kontrolle aus, der in diesem Fall wohl aus den nationalen Verteidigungsministern oder den Staats- und Regierungschefs zusammengesetzt sein würde. Bisher wurden ca. € 1,5 Mrd. für das Vorhaben ausgegeben.⁵³ Bis 2013 werden nach offiziellen Angaben weitere € 3,4 Mrd. an öffentlichen Mitteln benötigt.⁵⁴ Nach Recherchen des Spiegels werden die wirklichen Zusatzkosten allerdings eher bei € 5-10 Mrd. liegen.⁵⁵ Dieses Geld wird für ein Projekt ausgegeben, das in entscheidenden Elementen militärische Züge trägt und im zivilen Bereich in Zukunft mit bis zu vier globalen Navigationssystemen konkurrieren muss, da neben der EU und den USA auch Russland und China ernsthafte Anstrengungen zum Aufbau entsprechender Systeme unternehmen.

Sowohl GMES als auch Galileo, die Flaggschiffe des europäischen Aufbruchs ins All, beinhalten Anwendungen für diverse zivile Aufgabenbereiche etwa im Verkehr oder im Umweltschutz. Es handelt sich also offensichtlich nicht um reine Militärprojekte. Wahr ist aber auch, dass von zivilen Projekten nicht gesprochen werden kann,



GMES-System

wenn die institutionellen Strukturen, die Entwicklungsgeschichte und das gesamte Anwendungsspektrum in den Blick genommen werden. Aus dieser umfassenderen Perspektive wird deutlich, dass beide Projekte entscheidend von militärischen Gesichtspunkten geprägt sind, denn die spezifischen, meist aufwendigeren Ansprüche, die sich aus der militärischen Nutzung ergeben, führen zu erheblichen konzeptionellen Anpassungen. Es handelt sich also in beiden Fällen zu erheblichen Teilen um militärische Projekte, die allerdings rein zivil finanziert werden. Einen Kostenvorteil haben dabei nur die Rüstungsplaner, da sie ihre Budgets für Waffen und Kampfeinsätze ausgeben können, während ihre Weltraumpläne mit zivilen Geldern verwirklicht werden.

Militärische Weltraumnutzung unter verschärfter Konkurrenz

Zu den Problemen und Gefahren, die mit der Militarisierung der Weltraumpolitik in der EU zusammenhängen, gehört die wachsende Wahrscheinlichkeit von Konfrontationen im All. Die EU ist zwar nicht die einzige und auch nicht die wichtigste Kraft hinter der aktuell forcierten Militarisierung des Weltraums, eine wesentlichere Rolle spielen die USA und auch China ist ein wachsender Faktor in diesem Prozess. Allerdings werden ihre steigenden Raumfahrt-Ausgaben – mindestens € 10 Mrd. bis 2013 allein für Galileo und GMES und jährliche Mittel für militärische Weltraumsysteme von bis zu € 4 Mrd. im selben Zeitraum – der EU mittelfristig den zweiten Platz im Konzert der Weltraummächte sichern. Schon allein deshalb ist die Richtung, die die Union in diesem Politikbereich einschlägt, von globaler Bedeutung. Dabei ist nicht das weithin propagierte Bild einer „Zivilmacht Europa“ handlungsleitend für die EU-Politik, stattdessen sind die Bemühungen in diesem Bereich darauf gerichtet, Instrumente für eine eigene militärisch abgestützte Machtausübung zu schaffen und diese unabhängig von anderen Akteuren einsetzen zu können.

Auf allen Seiten werden im Zuge der Aufrüstung im Weltraum früher getroffene Verträge zunehmend ausgehöhlt. So wurde das Gebot, den Weltraum nur friedlich zu nutzen, soweit verdreht, dass mittlerweile nur noch von einer nicht-aggressiven Nutzung die Rede ist, die allerdings angesichts des realen Einsatzes von Satellitensystemen für aggressive Kampfhandlungen nur einen notdürftigen Versuch darstellt, den Schein der Rechtmäßigkeit zu wahren. Die Konkurrenz im Weltall nimmt derweil auch in nicht-militärischen Bereichen zu. Bei-

spielsweise werden derzeit vier verschiedene bemannte Raumfahrzeuge entwickelt, eines davon in der EU. Insgesamt bedeutet dies nicht nur die Verschwendung enormer Ressourcen, sondern auch eine unnötige Vermehrung des Weltraumschrotts, der schon heute zu einer ernsthaften Sorge für die Raumfahrtbehörden aller Staaten geworden ist.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ist entschiedenes Gegensteuern und insbesondere eine Neuauflage internationaler Abkommen gegen die Militarisierung des Weltraums nötig, unter Berücksichtigung der gewachsenen Relevanz von Satelliten für die Kriegsführung. Innerhalb der EU muss eine wirklich zivile Weltraumpolitik den Platz der Raumfahrt in Tarnfarben einnehmen. Letztlich geht es darum, die Konkurrenz bei der Erkundung und Nutzung des Alls zugunsten echter Zusammenarbeit im Interesse aller Menschen aufzugeben, wie es schon 1967 im Zusammenhang mit dem UN-Weltraumvertrag gefordert wurde.

Dieser Beitrag wurde einem ausführlichen Text des Autors entnommen. Er erschien in der IMI-Reihe Studien zur Militarisierung Europas (Nr. 33/2008)

Anmerkungen

¹ United Nations (1967): Treaty On Principles Governing the Activities of States in the Exploration and Use of Outer Space including the Moon and Other Celestial Bodies. In: United Nations (2002): United Nations Treaties and Principles on Outer Space. ST/Space/11. URL: <http://www.unoosa.org/pdf/publications/STSPACE11E.pdf> (22.10.07)

² Vgl. ESA (1999): History of Shuttle-Mir. URL: <http://spaceflight.nasa.gov/history/shuttle-mir/index.html> (22.10.07)

³ Vgl. Global Security (2006): US National Space Policy 2006. URL: http://www.globalsecurity.org/space/library/policy/national/us-space-policy_060831.pdf (15.01.08)

⁴ Vgl. Wortzel, Larry M. (2007): The Chinese People's Liberation Army and Space Warfare. Emerging United States-China Competition. AEI Online. URL: http://www.aei.org/publications/pubID.26977/pub_detail.asp (15.01.08)

⁵ Rat der Europäischen Union (2007): Erklärung des Vorsitzes im Namen der Europäischen Union zu dem von China durchgeführten Test einer Anti-Satelliten Rakete. P 005/07. S. 1

⁶ Die Begriffe „Sicherheit“ und „Verteidigung“ werden in diesem Text weitgehend in Übereinstimmung mit den verwendeten Quellen, also mit dem offiziellen Sprachgebrauch der EU verwendet. Allerdings darf dabei nicht unbeachtet bleiben, welche impliziten Definitionen mit beiden Begriffen in diesem Umfeld verbunden sind. Unter „Sicherheit“ kann vor dem Hintergrund der offiziellen EU-Doktrin die Sicherung von Versorgungswegen und Absatzmärkten sowie die Stabilisierung d.h. Kontrolle des geopolitischen Umfeldes der Union verstan-

den werden. Diese Sicherung findet maßgeblich im Sinne der Erfordernisse der europäischen Ökonomien und nicht primär zum Schutz des Lebens ihrer BürgerInnen statt, geschweige denn im Interesse der BewohnerInnen der „stabilisierten“ Regionen. Auch der Begriff „Verteidigung“ trägt euphemistische Züge, handelt es sich bei den EU-Operationen doch in der Praxis um aggressive Akte der Durchsetzung eigener Interessen, denen kein Angriff vorausgeht, gegen den Verteidigung notwendig wäre. Als Ersatz für den Angriff fungieren sog. „Bedrohungen“ gegen die sich die EU verteidigen soll, möglichst schon bevor sie auftreten. Zu den Problemen, die als „Bedrohungen“ von der militärischen Logik erfasst und dementsprechend bekämpft werden, gehören u.a. illegale Migration bzw. Flüchtlingsbewegungen und Unterbrechungen der Rohstoffzufuhr nach Europa. Nicht-militarisierte Lösungsansätze, die zudem den ökonomischen Interessen der Union entgegenstehen, wie etwa eine faire Welthandelspolitik, finden in diesem Schema keinen Platz. Hinter „Sicherheit“ und „Verteidigung“ steht also ein militärisch geprägtes Konzept zur Durchsetzung der Interessen der Union und zur dementsprechenden Gestaltung ihres geopolitischen Umfeldes.

⁷ Europäische Union (2003): Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie. Brüssel, 12. Dezember 2003.

⁸ Europäische Union (2003). S. 14

⁹ Vgl. Europäische Union (2003). S. 2f.

¹⁰ Europäische Union (2003). S. 11

¹¹ Vgl. Haydt, Claudia (2006): Zivilisierung des Militärischen oder Militarisierung des Zivilen?. Tübingen: Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. Studien zur Militarisierung Europas 26/2006. URL: http://www.imi-online.de/euprojekt/haydt_26_06.pdf (30.11.07)

¹² Europäische Union (2003). S. 11

¹³ Vgl. Vertrag von Lissabon. Unterzeichnet am 13. Dezember 2007. Art. 28b

¹⁴ Vgl. Europäischer Rat (1999): Schlussfolgerung des Vorsitzes. Europäischer Rat (Helsinki) 10. und 11. Dez. 1999: Anlage I zu Anlage IV. URL: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/00300-r1.d9.htm (1.11.07)

¹⁵ Davara, Fernando Direktor EUSC (2003): Security and Defence Aspects of Space: The Challenges for EU in the Framework of the Green Paper Process. Lessons from the Past and a Vision for the Future. Athen, 8. Mai 2003. S.11. URL: http://ec.europa.eu/comm/space/doc_pdf/davara.pdf (6.1.08)

¹⁶ Neuneck, Götz (2007): Droht ein Rüstungswettlauf im All? In: Auswärtiges Amt: 16. Forum Globale Fragen. Neue Wege der Rüstungskontrolle und Abrüstung. S. 44. URL: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Broschueren/GlobaleFragen16.pdf> (24.10.07)

¹⁷ Dieser Entwicklung vollzieht die Bundeswehr mit dem Konzept: „Vernetzte Operationsführung“.

¹⁸ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2000): Mitteilung an den Rat und das Europäische Parlament. Ein neues Kapitel der europäischen Raumfahrt. KOM (2000) 597.

¹⁹ KOM (2000) 597. S.7

²⁰ Vgl. Kommission der Europäischen Gemein-

schaft (2003): Weissbuch. Die Raumfahrt: Europäische Horizonte einer erweiterten Union. Aktionsplan für die Durchführung der europäischen Raumfahrtpolitik. KOM (2003) 673. S. 8f.

²¹ KOM (2003) 673. S. 21

²² Vgl. Kohorst, Pia (2004): Europäische Weltraumpolitik und Sicherheitsstrategie im Kontext der US-amerikanischen Weltraumstrategie. Hamburg: IFSH. S. 36ff.

²³ KOM (2003) 673. S. 8f.

²⁴ European Advisory Group on Aerospace (2002): STAR 21 Strategic Aerospace Review for the 21st Century. Creating a coherent market and policy framework for a vital European industry. European Commission; Folgende Unternehmen waren vertreten: EADS (D/FR/SP), BAE Systems (GB), Rolls Royce (GB), THALES (FR), SNECMA (FR), Finmeccanica (I)

²⁵ European Advisory Group on Aerospace (2002). S. 37

²⁶ Space and security panel of experts (2005): Report of the panel of experts on space and security. March 1st 2005. European Commission. URL: http://ec.europa.eu/space/doc_pdf/article_2262.pdf (3.11.07). S. 41

²⁷ Vgl. Space and security panel of experts (2005). S. 21ff.

²⁸ KOM (2003) 673. S. 58 Tab.3

²⁹ KOM (2003) 673. S. 58 Tab.4; Nächsthöchster Posten: GMES mit einer Steigerung um 340 Mio. € (2004-2013)

³⁰ KOM (2003) 673. S. 56

³¹ Vgl. Space and security panel of experts (2005). S. 40

³² Ebenda. S. 52

³³ Council of the European Union (2004): European Space Policy: "ESDP and Space". S. 5. URL: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/04/st11/st11616-re03.en04.pdf> (15.12.07). S. 8

³⁴ Space and security panel of experts (2005). S. 11

³⁵ Ebenda. S. 12

³⁶ Ebenda. S. 12

³⁷ Kommission der Europäischen Union (2004):

Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament. Globale Umwelt- und Sicherheitsüberwachung (GMES): Schaffung einer europäischen Kapazität für GMES – Aktionsplan (2004 - 2008). KOM (2004) 65. S. 16

³⁸ Council of the European Union (2007): Annual report on the activities of the European Union Satellite Centre 2006. 8435/07. S. 25. URL: http://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2004_2009/documents/dv/st08435_/st08435_en.pdf (20.1.08)

³⁹ Vgl. GMES Website (2006a): What is GMES?. URL: <http://www.gmes.info/158.0.html> (5.1.08)

⁴⁰ Vgl. Europäische Kommission Generaldirektion Forschung (2005): GMES, das große europäische Vorhaben. In: FTE info Magazin über Europäische Forschung N° 44 Februar 2005. URL: http://ec.europa.eu/research/rtd-info/44/01/article_2027_de.html (28.1.08). S. 2; Eine Liste der Programme findet sich hier: Aschbacher, Josef / Briggs, Stephen / Kohlhammer, Gunther / Liebig, Volker / Zobl, Reinhold (2007): GMES. Global Monitoring for Environment and Security: The second european flagship in space. In: ESA Bulletin 130. S. 14

⁴¹ Vgl. Europäische Kommission Generaldirektion Forschung (2005). S. 2 http://ec.europa.eu/research/rtdinfo/44/01/article_2027_de.html (28.1.08)

⁴² KOM (2004) 65. S. 3

⁴³ Zit. nach Europäische Kommission Generaldirektion Forschung (2005). S. 2

⁴⁴ Zit. nach: Welt-Online (2007): Europa meldet Anspruch als Weltraummacht an. 17.4.2007. URL: http://www.welt.de/wissenschaft/article815194/Europa_meldet_Anspruch_als_Weltraummacht_an.html (14.11.07)

⁴⁵ Mattocks, Sarah (2003): Information requirements for Petersberg Tasks. Beitrag zum 2. GMES Forum. S. 3 URL: http://www.gmes.info/library/index.php?action=standarddownload&filename=2F_Th4_Mattocks_Paper_V1.pdf&directory=7.%20Forum%20and%20Events%20Documents/2nd%20GMES%20FORUM/Thematic

%20session%204& (7.1.08)

⁴⁶ 3sat Website (2007): Europäische-Kommission will Rettungsplan für Galileo. URL: <http://www.3sat.de/3sat.php?http://www.3sat.de/nano/astuecke/108551/index.html> (10.2.08)

⁴⁷ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2002): Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat. Derzeitiger Stand des Galileo-Programms. KOM (2002) 518. S. 3

⁴⁸ Galileo Website (2007): Galileo Dienst. URL: http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/galileo/programme/services_de.htm (12.2.08)

⁴⁹ House of Commons Transport Committee (2004). Galileo. Eighteenth Report of Session 2003-04. London: House of Commons. HC 1210. S. 21. URL: <http://www.publications.parliament.uk/pa/cm200304/cmselect/cmtran/1210/1210.pdf> (2.11.07)

50 House of Commons Transport Committee (2004). S. 18

⁵¹ Vgl. Wilson, Andrew (2002): Galileo. Das europäische Programm für weltweite Navigationsdienste. Noordwijk: ESA, BR-186. S. 5; Mager, Alexander (2005): Galileo und GPS. Hochtechnologie im Weltraum. In: Strategie und Technik. September 2005. S. 7

⁵² Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2001): Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen. Zwischenbericht über das Programm Galileo. SEK (2001) 1960. S. 15

⁵³ Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaft (2006): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Stand des Programms Galileo. KOM (2006) 272. S. 11

⁵⁴ AFP (2007): Europäische Union einigt sich auf Finanzierung für Galileo. URL: <http://afp.google.com/article/ALeqM5iznkdJoOk9Vw9b-8n7pPVRBrx72Eg> (11.2.08)

⁵⁵ Vgl. Futurezone (2008): Galileo-Kosten weit höher als geplant. Futurezone ORF-Forum. URL: <http://futurezone.orf.at/business/stories/249040/> (15.2.08)

Tschad: Die EU ist Akteur mitten im Schlamassel geworden!

Die EU hat eine EUFOR-Mission in den Tschad geschickt und es gab einen ersten toten EUFOR-Soldaten. Das war zu befürchten. Angeblich haben die französischen Elitesoldaten aus Versehen die Grenze zum Sudan überschritten.

Ist diese EUFOR-Mission überhaupt sinnvoll? Nein! Die Truppen können nicht neutral sein. Der Großteil der EUFOR-Truppen stammt aus Frankreich, und Frankreich hat gleichzeitig ein Militärabkommen mit dem Militärputschisten Déby und hat ihm mit Waffen und mit der Absicherung des Flughafens beim Rebellenangriff geholfen. Der Rebellenangriff erfolgte genau kurz vor dem Beginn der EUFOR-Stationierung. Somit war die

EUFOR-Mission konfliktverschärfend und kontraproduktiv.

Idriss Déby hat die Situation nach dem Rebellenangriff genutzt, um gegen die demokratische Opposition vorzugehen. Die EU ist Akteur mitten im Schlamassel geworden. Ziehen Sie endlich die EUFOR-Soldaten zurück! Frankreich – und damit indirekt die EU – betreiben eine Komplizenschaft mit dem Militärherrscher Déby im Tschad. Die demokratische Opposition im Tschad fordert mehr zivilen Druck auf die Regierung des Tschad, und das sollte eigentlich hier die Position sein und nicht eine weitere Militarisierung des Konfliktes.

Tobias Pflüger



Präsident des Tschad: Idriss Déby